LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
DR. KARSTEN DÜMMEL

Dezember 2017

www.kas.de

Ethnische Politik in Bosnien und Herzegowina

Eine Chronik des Jahres 2017

Fast ein Vierteljahrhundert nach dem Friedensvertrag von Dayton wird Bosnien und Herzegowina (BuH) weiterhin maßgeblich von ethnischer Politik bestimmt. Dies ist nicht zuletzt neben den Partikularinteressen politischer Akteure auch auf die durch Dayton geschaffene dysfunktionale Staatsstruktur und komplexe Verfassung zurückzuführen, die ethnische Prinzipien zementierte und die Resultate des Bürgerkriegs bestätigte. Ein gemeinsames Staatsverständnis der unterschiedlichen Volksgruppen ist nur schwach ausgeprägt, der Wille der in nationalen Parteien organisierten politischen Eliten zu Zusammenarbeit und Gemeinwohlorientierung beschränkt. Das Jahr 2017 war dementsprechend von Blockaden, Provokationen, Vertrauensverlust und zeitweiligem Kommunikationsabbruch zwischen den bestimmenden ethnischen Parteien in BuH geprägt.

Das Verhältnis zwischen den drei ethnischen Gruppen hat sich 2017 auch auf zwischenstaatlicher Ebene nicht verbessert. Staatsbesuche der Präsidenten von Kroatien und von Serbien in Sarajevo wirkten eher kosmetisch oder symbolisch, aber nicht als ein Zeichen der Neuausrichtung der Beziehungen. Für das schlechte Verhältnis sind nicht zuletzt u.a. das vom bosniakischen Präsidentschaftsmitglied Izetbegović angestrebte Revisionsverfahren, die In-Aussichtstellung der Anerkennung des Kosovo, die Äußerungen der Regierung der Republika Srpska (RS) und der Opposition in der RS zum Mladic-Urteil, die Reaktionen auf die Urteile gegen Prlić, Praljak u.a. und die Behauptungen der kroatischen Präsidentin Grabar-Kitarović, dass es in BuH zehntausende Islamisten gäbe, die den „heiligen Krieg" nach Europa tragen wollten, verantwortlich.

Bosniakische Alleingänge

Das Jahr 2017 begann mit einem von der bosniakischen SDA und dem Mitglied der Präsidentschaft initiierten, mit keinem der Koalitionspartner oder einem der beiden weiteren Mitglieder der Präsidentschaft abgestimmten Alleingang, als Bakir Izetbegović in Den Haag ein Revisionsverfahren beim Internationalen Gerichtshof (IGH) wegen des Völkermordes Serbiens an den Bosniaken einreichen ließ.[1] Das angestrebte Verfahren hatte das Ziel zu beweisen, dass der Völkermord gegen Bosniaken während des Krieges 1992-1995 systemisch im ganzen Land stattfand und sich nicht auf die Stadt Srebrenica beschränkte.

Ein Grund für die übereilte, nicht abgestimmte Aktion war eine zehnjährige Verjährungsfrist beim Internationalen Gerichtshof (IGH), die im Februar 2017 endete. Dass mit diesem Vorstoß der Nachbar Serbien, die zweite Teilrepublik BuHs, die Republika Srpska (RS) und alle serbischen Staatsbürger in BuH vor den Kopf gestoßen werden könnten und das ohnedies brüchige Vertrauensverhältnis starken Belastungsproben ausgesetzt werden würde, nahm der SDA-Vorsitzende billigend in Kauf. Dementsprechend wirkte das Gesuch wie ein politisches Erdbeben. Über mehrere Wochen und

[1] http://derstandard.at/2000052806314/Bosnien-plant-Einspruch-gegen-IGH-Urteil-zu-Voelkermord

Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
DR. KARSTEN DÜMMEL

Dezember 2017

www.kas.de

Monate kam es zum Verstummen des Dialogs zwischen den Mitgliedern der Präsidentschaft. Regelmäßige Koordinierungstreffen fanden über Wochen nicht statt. Die Regierung in Serbien zeigte sich ebenso verstimmt wie die Regierung der RS und die politischen Verbündeten, die serbischen Oppositionsparteien in der RS. In Den Haag wurde der Antrag Mitte März auf Grund von Formfehlern bzw. fehlender Einstimmigkeit der Präsidentschaft letztlich abgewiesen.[2]

Unfähig, aus Fehlern zu lernen, kam es am 13. November zum nächsten Eklat, als Izetbegović in einem Interview „Hoffnungen" bekundete, „den Kosovo" völkerrechtlich „durch BuH anzuerkennen". Ein Tabubruch für die serbische Opposition, die serbische Regierung der RS und die Regierung in Belgrad. Serbiens Präsident Vučić, der noch vor wenigen Wochen zum Staatsbesuch in Sarajevo weilte, sprach von diplomatischen Konsequenzen und ließ eine Eilsitzung des Nationalen Sicherheitsrates einberufen. In der RS einte die Gegnerschaft zu dem Kosovo-Statement Izetbegovićs Regierung und Opposition unfreiwillig.

Offene Wunden der Vergangenheit

Zehn Tage später irritierte das serbische Präsidentschaftsmitglied Mladen Ivanić, indem er das Urteil gegen den Kriegsverbrecher Ratko Mladić (PDP), der in Den Haag „wegen des Völkermords von Srebrenica und der jahrelangen Belagerung von Sarajevo" in 10 von 11 Anklagepunkten für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, als Verstärkung des Misstrauens und nicht als Teil der Versöhnung kommentierte. Milorad Dodik (SNSD), Präsident der RS, garantierte Mladic unmittelbar darauf die volle Unterstützung der RS für die Aufnahme eines Widerspruchsverfahrens in Den Haag und stilisierte ihn – wie bereits mehrfach zuvor geschehen – zum serbischen Patrioten und Volkshelden. Dass bei den Bosniaken im Land für Äußerungen dieser Art wenig Verständnis erwartet werden kann und dass dies keineswegs zur Verbesserung des Vertrauensverhältnisses beitragen dürfe, ist evident.

Die Bestätigungen der Urteile des IHG gegen sechs bosnische Kroaten (insgesamt 111 Jahre Haft), die als ranghohe Führer der kroatischen de-facto Republik Herceg-Bosna zu langjährigen Haftstrafen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden waren sowie der Selbstmord des verurteilten Generals Slobodan Praljak vor den Augen der Richter und den Objektiven der Kameras der Weltpresse führte bei den bosnische Kroaten in BuH zu einer Welle der Solidarisierung und der Sympathie mit den Verurteilten. Von Ende November bis Anfang Dezember wurden zahlreiche Mahnwachen, Gottesdienste und Gedenkveranstaltungen in der Herzegowina abgehalten. Die Fakten der Anklage wegen Mordes, Deportation, Vergewaltigung, Zerstörung von Städten und Dörfern, Plünderung und anderer schwerer Verbrechen zwischen 1993 und 1994 wurden weitestgehend ignoriert und das Urteil als „pervers und absurdes" „Schandurteil" eines „politischen Gerichtes" gewertet. Dabei verstiegen sich nicht wenige (bosnisch-)kroatische Politiker dazu, den Selbstmord als Beweis der Unschuld auszulegen.

Während es bei fast allen anderen ethnonationalen Parteien in BuH Ansätze von Selbstkritik und eine teilweise Anerkennung der Fakten für die begangenen Taten gibt, fehlen diese Ansätze bei den politisch verantwortlichen Politikern der bosnisch-kroatischen Parteien zur Gänze. Wie bei den Äußerungen auf das Mladic-Urteil so dienten die verschiedenen Reaktionen auf die Urteile von Den Haag bei der bosniakischen Bevölkerung in keiner Weise zur Aussöhnung. Sie befremdeten eher und verletzten Opfer und Hinterbliebene.

Die Drohung von Dragan Čović (HDZBiH), den Weg Bosnien-Herzegowinas in die EU wegen des Urteils des Haager Kriegsverbrechertribunals zu blockieren und neue Prioritäten für die bosnischen Kroaten und ihre Veteranen zu setzen, traf Anfang Dezember

[2] http://www.kosmo.at/entscheidung-gefallen-haag-lehnt-revisionsantrag-ab/

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
DR. KARSTEN DÜMMEL

Dezember 2017

www.kas.de

daher auf eine völlig irritierte internationale Öffentlichkeit.[3]

Die ungelöste „kroatische Frage"

Die Auseinandersetzungen zwischen den kroatischen und bosniakischen politischen Kräften über die Frage der „Diskriminierung des kroatischen Volkes" in BuH sowie die versteckte oder offene Forderung nach einer dritten Entität für die Kroaten auf dem Gebiet der Föderation Bosnien und Herzegowina (FBuH) behindert nach wie vor die Arbeit in fast allen staatlichen Institutionen. So konnten in den vergangenen 12 Monaten gerade einmal vier Gesetze verabschiedet werden.[4]

Die Veröffentlichung des Zensus aus dem Jahr 2013 im Sommer 2016 führte dazu, dass die HDZBiH mit ihrem Vorsitzenden, dem Mitglied der Präsidentschaft Dragan Čović, massiv auf die Veränderung des Wahlgesetzes hinwirkte. Die bloße Möglichkeit, dass sich das „Trauma der Kroaten" in BuH von 2004-2014 bei der anstehenden Wahl 2018 wiederholen könnte, d.h. die Wahl von Kroaten auf allen Regierungsebenen und in die Präsidentschaft, die nicht in ethnonationalen Parteien im Land verankert, sondern interethnisch aufgestellt sind bzw. direkt von Bosniaken oder von Serben gewählt werden könnten, führte dazu, dass das Thema offen-versteckt mit allen andern politischen Themen und Entscheidungen verknüpft wurde und es zu einer Blockade fast aller Regierungsentscheidungen seit dem Frühjahr 2017 kam. Dabei ist unbestritten, dass das Wahlgesetz in diesem Punkt geändert werden muss. Eine einvernehmliche, kompromissorientierte Einigung gibt es indes bis heute nicht. Nun wird erwartet, dass auch hier die EU helfen bzw. vermitteln möge.[5]

Nicht zuletzt auf Grund fehlender wirksamer Sanktionen gegen die Regierung der RS in Bezug auf die Respektierung der Verfassungsgerichtsurteile zum „Nationalfeiertag" der RS,[6] brachten Vertreter der bosnischen Kroaten in den Regierungen der FBuH und BuH den Vorschlag in die öffentliche Debatte ein, analog zu den Serben einen kroatischen Nationalfeiertag begehen zu wollen (28. August – Gründung der de-facto Republik Herceg-Bosna während des Bosnienkrieges), was einen weiteren Schritt in Richtung einer dritten Entität darstellen würde.

Separatistische Bestrebungen in der RS

Auf serbischer Seite wurde Milorad Dodik, Präsident der RS, im Jahresverlauf nicht müde, in verschiedenster Form die gesamtstaatliche Regierung, die Regierung der Föderation (FBuH) und die EU-Reforminitiative offen oder versteckt zu stören. Nach dem Referendum zum RS-Feiertag setzte er sein „Langzeitziel: die Unabhängigkeit der RS vom Gesamtstaat BuH" abermals auf die Agenda, um dies später öffentlich zu dementieren und wieder ein anderes Referendum zur Unabhängigkeit der Justiz der RS von der BuH zu proklamieren. Letzteres scheiterte am eigenen Parlament der RS. Im Januar 2017 beging er trotz vielfältiger Warnungen der EU und trotz zweier Entscheidungen des Verfassungsgerichtes von BuH den Nationalfeiertag der RS, den 09. Januar, mit militärischen Zeremonien und beispielloser Pracht, als handele es sich um den Feiertag eines souveränen Staates. Die USA verhängten daraufhin Sanktionen verbunden mit einem Einreiseverbot gegen Dodik, die EU konnte sich zu keinen Sanktionen durchringen.

Fazit

Ethnische Politik ist weiterhin tonangebende im politischen Diskurs und dominiert die Politikgestaltung bzw. die Nichtgestaltung in Bosnien und Herzegowina, sehr zum Leidwesen von nachhaltiger Aussöhnung, zukunftsorientierter Reformpolitik und einer weiteren EU-Integration. Schuld daran sind

---

3 https://mobil.derstandard.at/2000069050612/Hahn-spricht-mit-bosnischen-PolitikernKlartext

4 https://derstandard.at/2000070026905/Bosnisches-Parlament-beschloss-heuer-nur-vier-Gesetze

5 vgl. Bosnia Daily, Nr. 4186, 4.12.2017

6 http://www.kas.de/wf/de/33.46447/

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA
DR. KARSTEN DÜMMEL

Dezember 2017

www.kas.de

nicht nur das auf ethnischen Kategorien aufbauende dysfunktionale Staatswesen, sondern auch die Partikularinteressen handelnder politischer Akteure und Parteien. Mit Blick auf die Wahlen in Bosnien und Herzegowina im Oktober 2018 wäre eine Stärkung moderater, reformorientierter Kräfte im mitte-rechts Parteienspektrum wünschenswert.

Im Falle der RS sind Ansätze zu erkennen, dass die Opposition oder Teile von ihr bei den kommenden Wahlen als Sieger hervorgehen könnte. Demokratieschulungen, Antikorruptionstraining, Sensibilisierung für Erinnerungskultur, innerparteiliche Mitbestimmung und andere Themenfelder sind daher mit den jeweiligen Akteuren für die kommenden Monate zu planen. Dass diese Themen vor dem Hintergrund der EU-Integration BuH stattfinden, bleibt dabei eine Selbstverständlichkeit.

Neue Parteien sind zu beobachten und kritische, reformorientierte Parlamentarier aus allen Regierungsparteien in ihrem Wirken positiv zu begleiten.

Andererseits zählen unermüdliche Fortbildungen für Bereiche der Zivilgesellschaft und der Medien (Mentalitätsänderung) zu den Dingen, die langfristig Veränderung bewirken können. Ein großer Hoffnungsträger ist hier RYCO, das im Rahmen des von Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierten Berlin-Prozess geschaffene Regionale Jugendkooperationszentrum nach dem Vorbild des Deutsch-französischen-Jugendwerkes. Langfristig wird es dafür Sorge tragen, dass zementierte Feindbilder abgebaut, verkrustete Mentalitäten in Frage gestellt sowie Innovation angestoßen und Kreativität ausgebaut werden.